

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.bürgerbrief-für-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Mai 2021

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: info@bürgerbrief-für-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Gemeingut in BürgerInnenhand e.V.: Bundesweite Krankenhausschließungen jetzt stoppen!**
- **GBW: Forum: wie weiter mit schule?**
- **Polizisten für Aufklärung e.V.: Verfassungsklage gegen das geplante neue IFSG-Ergänzungsgesetz**
- **Claudia Wangerin: "Ziviler Hafen": Volksinitiative in Hamburg will Rüstungsexporte verbieten**
- **IPPNW: Drei Milliarden für die Eurodrohne?**
- **Kosmo: Luftangriffe 1999: Uranbombardement verseucht Serbien**
- **Peter Betscher: Wie Milošević gestorben wurde**
- **H. Neuber: ... US-Manöver Defender Europe 2021**
- **Ajit Singh: Der "unabhängige" Bericht, der einen Völkermord an den Uiguren behauptet**
- **Helmut Scheben: Konflikt in Xinjiang ... Entstehung**
- **Andre Vltchek: Wer gibt den USA das Recht, China Rechtsverstöße vorzuwerfen?**
- **Europa nicht unter US-amerikanische Vormundschaft stellen**
- **Le Mouvement de la Paix: Frankreich muss die NATO verlassen und ihre Auflösung fordern**
- **Rita Müller-Hill: "Und wenn unsere Zukunft in den Dörfern läge?"**
- **Joachim Guilliard: Redebeitrag für den Ostermarsch ...**
- **E. Drewermann: Video-Redebeitrag für Ostermarsch ...**

Zitat des Monats von [Immanuel Kant](#):

Handle so, dass der Beweggrund deines Willens jederzeit zugleich als Grundsatz einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könnte.

Editorial

Der **Verein 'Gemeingut in BürgerInnenhand'** fordert in einem Offenen Brief an Jens Spahn, die ökonomisch motivierten Krankenhausschließungen zu stoppen. Der Brief kann von allen Bürgern mit Unterschrift unterstützt werden. Die **'Gesellschaft Bildung und Wissen'** hat ein digitales Forum 'wie weiter mit schule?' eingerichtet, auf dem die im Distanzunterricht gemachten Erfahrungen kritisch aufgearbeitet werden. Der **Verein 'Polizisten für Aufklärung'** plant eine Verfassungsklage gegen das neue Infektionsschutz-Gesetz (IfSG).

Der nächste Schwerpunkt dieser Ausgabe beschäftigt sich mit **Militär und Kriegsführung**. Eine Initiative in Hamburg setzt sich für das **Verbot von Rüstungsexporten** ein. Der Arbeitskreis gegen bewaffnete Drohnen wendet sich gegen die Freigabe von 3 Mrd. Euro für eine Eurodrohne. Die gesundheitsschädigenden Folgen der Uranmunition im **Jugoslawienkrieg** haben zu Klagen gegen die NATO geführt, die in Belgrad eingereicht wurden. In diesem Zusammenhang berichtet Peter Betscher über verstörende Vorgänge beim Prozess gegen Milosevic, die im Zusammenhang mit dessen Tod stehen. Dass Krieg auf dem Balkan nicht nur ein historisches Ereignis, sondern auch eine Zukunftsplanung ist, zeigt ein Beitrag zum NATO-Manöver **'Defender Europe 21'**.

In drei weiteren Beiträgen wird versucht, verschiedene Seiten der **Ereignisse in Xinjiang (China)** zu beleuchten. Jahrzehntelange Auseinandersetzungen zwischen den dort lebenden Uiguren und der chinesischen Zentralregierung, Terrorakte uigurischer Gruppierungen selbst sowie die Unterstützung und Instrumentalisierung dieser Konflikte durch US-Militärberater zeigen die Komplexität dieser Auseinandersetzungen.

In **Frankreich** haben 20 ehemalige Generäle in einem Schreiben an den NATO-Generalsekretär den Plan "NATO 2030" scharf kritisiert. Es werde unnötig ein Feindbild Russland aufgebaut, eine NATO-Weltherrschaft angestrebt und auf Militär statt auf Diplomatie gesetzt. Eine **französische Friedensbewegung** fordert anlässlich eines geplanten NATO-Zentrums in Toulouse, dass Frankreich die NATO verlassen solle. Dass die französischen Bürger **andere Probleme zu lösen** haben und dies auch **aktiv angehen**, zeigt Rita Müller-Hill in einer Buchbesprechung auf.

Abschließend werden die eindrucksvollen Reden von Joachim Guilliard und Eugen Drewermann beim **Ostermarsch 2021** dokumentiert, die zu **Dialog und Frieden** aufrufen.

[Inhalt](#) ↑

• Gemeingut in BürgerInnenhand e.V.: **Bundesweite Krankenhausschließungen jetzt stoppen!**

In einem Offenen Brief wird [Bundesgesundheitsminister Jens Spahn aufgefordert, Krankenhausschließungen bundesweit zu stoppen](#), statt diese Schließungen mit Steuergeldern zu fördern. "Ausgerechnet die Krankenhäuser, die unter Höchstlast Corona-Patienten versorgt haben, sind jetzt akut von der Insolvenz bedroht. Deshalb brauchen wir umgehend eine veränderte Krankenhauspolitik, wir benötigen eine solidarische Finanzierung. Sie haben die Möglichkeit und die Verantwortung, jetzt zu handeln." Die Petition kann durch unsere Unterschrift gestärkt werden.

[Gemeingut in BürgerInnenhand e.V.](#), wurde 2010 gegründet und setzt sich dafür ein, dass Schulgebäude, Wasserleitungen, Krankenhäuser und öffentliche Verkehrsmittel dem Gemeinwohl dienen und nicht Spekulationsobjekte privater Investoren sind. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Gesellschaft für Bildung und Wissen e.V.: **Forum: wie weiter mit schule?**

Ralf Lankau hat in Kooperation mit Sandra Reuse und der 'Gesellschaft für Bildung und Wissen e.V.' das Projekt 'lehren – lernen – unterricht' eingerichtet. Im Rahmen dieses Projektes betreiben sie das 'forum: wie weiter mit schule?' mit dem Ziel, dass alle von Corona-bedingtem Homeschooling, Distanzunterricht und fehlenden Sozialkontakten Betroffenen ihre Erfahrungen und Perspektiven einbringen, um so "[einen Beitrag zu leisten zu einer sachlichen und auch fachlichen Debatte](#)", die im besten Falle entstandene Spaltungen überwindet und zu praktikablen Lösungen führt. Im Zentrum stehen soll dabei nicht nur das Recht auf Bildung, sondern auch das Bedürfnis von Kindern und Erwachsenen nach einem humanen Miteinander. Sowie – endlich! – eine Rückkehr zur Planbarkeit für den Schul-, Betreuungs- und Familienalltag inklusive der Frage, was mit den Sommerferien und danach ist."

Bei 'forum: wie weiter mit schule?' haben bis zum 26.04.2021 Lehrer, Eltern, Schüler, Erzieher und all diejenigen, die mit Kindern arbeiten, [aus dem Corona-Schulalltag in großer Breite und Intensität berichtet](#). Was mehr oder weniger alle, die dem Forum geschrieben haben, umtreibt, ist die Art und Weise, wie mit den Kindern umgegangen wird, die fehlende Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse, die oft mangelnde Umsicht und Sorgfalt bei der Ausrichtung und Umsetzung der Hygienemaßnahmen. Eine erste Auswertung der Berichte ist bei den NachDenkSeiten veröffentlicht.

In der folgenden Woche bis zum 04.05.2021 haben sich bei dem Forum weitere 50 Lehrer und Erzieher zu Wort gemeldet, die über [belastende Situation mit dem Unterricht unter Corona-Bedingungen](#) berichten. Manche Äußerungen sprechen von "starker Zunahme psychischer Belastungen und Krankheiten", "nachhaltig beschädigten sozialen Beziehungen", fehlendem "unbeschwerten Umgang miteinander", mangelndem Bezug zu den Schülern, "ausgebrannt" sein, "innerem Rückzug" und "kurz vor der Kündigung" stehen.

Die [Gesellschaft für Bildung und Wissen e.V.](#), im Juni 2010 gegründet, dient der Auseinandersetzung mit den Grundzügen, Voraussetzungen und Folgen der gegenwärtigen umfassenden Bildungsreform von Schule und Hochschulen. Sie will Beiträge leisten zur öffentlichen Debatte über das Ziel, die Inhalte und Methoden dieser Reform. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Polizisten für Aufklärung e.V.: **Verfassungsklage gegen das geplante neue IFSG-Ergänzungsgesetz**

Die '[Polizisten für Aufklärung e.V.](#)' planen eine [Verfassungsklage](#) gegen das von der Bundesregierung beabsichtigte neue IfSG-Ergänzungsgesetz (Infektionsschutz-Gesetz), da dieses Ermächtigungsgesetz "der finale Schuss nicht nur gegen unsere Freiheit, sondern auch gegen unsere Gesundheit und selbstbestimmte Weiterexistenz" sei. Der von den Polizisten bevollmächtigte Rechtsanwalt Reinhard E. Wilhelm bittet uns, eine Sammel-Vollmacht auszustellen, um der Beschwerde mehr Gewicht zu geben.

Das 'Netzwerk Kritischer Richter und Staatsanwälte' (KRiStA) findet, [dass der Bund mit diesem Gesetz "deutlich über alle Verhältnismäßigkeits-Grenzen hinaus"-schießt](#) und mithin die einschneidendsten Maßnahmen für rund 83 Millionen Menschen seit dem Zweiten Weltkrieg allein in die Hand der Bundesregierung legen würde. Dabei werde dann keine Rücksicht mehr auf Besonderheiten der einzelnen Region genommen. Zudem sei der Inzidenzwert ein nahezu willkürliches Instrument zur Messung des Infektionsgeschehens, der allein mit der Zahl der Messungen sprunghaft steige. Mit der bundeseinheitlichen Einführung der nächtlichen Ausgangssperre, die zuletzt von mehreren Gerichten für unwirksam erklärt wurde, werde die Judikative nicht geachtet. Die Überprüfbarkeit der Einschränkung von Grundrechten werde mit dem neuen Gesetz nur noch dem Bundesverfassungsgericht eingeräumt und der instanzgerichtliche Rechtsschutz ausgeschaltet. Das KRiStA fordert "die MdB nachdrücklich auf,

dieser offensichtlichen Entrechtung der Länderparlamente, weiter Teile der Judikative und vor allem der Menschen in diesem Land entgegenzutreten!“

Das KRiStA hat im Dezember 2020 eine 190-seitige [Verfassungsbeschwerde gegen Normen des Infektionsschutzgesetzes und gegen die Corona-Verordnungen der Bundesländer Berlin und Brandenburg eingereicht](#) ([Download](#)).

Der Verein [‘Polizisten für Aufklärung’](#) ist eine auf die freiheitlich demokratische Grundordnung berufende Vereinigung von aktiven, inaktiven oder ehemaligen Bürgern in Uniform, die das Ziel hat, Polizisten, Soldaten und vergleichbare andere Beschäftigte über die aktuellen Herausforderungen und Missstände in unserer Gesellschaft aufzuklären. (Red.)

Das [‘Netzwerk kritische Richter und Staatsanwälte n. e. V.’](#) (KRiStA) beobachtet “das politische Handeln und das Handeln der Gesetzes- und Verordnungsgeber in der Corona-Krise aus rechtsstaatlicher Sicht mit großer Sorge“. Sich “für das Grundgesetz und die freiheitliche demokratische Grundordnung“ einsetzend, fordert es “eine faktenbasierte, offene, pluralistische und sachliche Diskussion juristischer Fragestellungen der Corona-Krise“. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Claudia Wangerin: "Ziviler Hafen": Volksinitiative in Hamburg will Rüstungsexporte verbieten**

Das Bündnis “Ziviler Hafen“ will [über eine Volksinitiative erreichen, dass Hamburg nicht als logistisches Drehkreuz zur Fluchtursache Krieg beiträgt](#). Dazu sollen Transport und Umschlag von Rüstungsgütern über den Hamburger Hafen verboten werden. Das Bündnis hat nun begonnen die erforderlichen 10'000 Unterschriften von Wahlberechtigten zu sammeln, damit ein Volksbegehren möglich wird. Die Initiatoren der Kampagne berufen sich darauf, dass die Welthafenstadt laut ihrer Verfassung “im Geiste des Friedens Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt“ sein will.

[Claudia Wangerin](#), Jg. 1976, zunächst freie Journalistin in München und Berlin. Im Bundestag beobachtete sie die Untersuchungsausschüsse zur Mord- und Anschlagsserie des "Nationalsozialistischen Untergrunds" sowie zum dschihadistischen Terroranschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz und der jeweiligen Rolle der Sicherheitsbehörden. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **IPPNW: Drei Milliarden für die Eurodrohne?**

Der bundesweite ‘Arbeitskreis gegen bewaffnete Drohnen‘ als Netzwerk der deutschen Friedensbewegung wendet sich entschieden [gegen die aktuell laufenden Pläne, 3 Mrd. Euro für die weitere Entwicklung der sogenannten Eurodrohne freizugeben](#). Nicht nur die Bewaffnung deutscher Drohnen müsse gesellschaftlich breit diskutiert werden, sondern auch das Vorantreiben von EU-Plänen für die Eurodrohne und damit für eine zunehmend autonome Kriegführung. Statt einer militärischen Langzeitplanung mit gigantischen und oft verschleierte Kosten sei eine Weichenstellung in Richtung einer internationalen Kooperation statt der derzeit eskalierenden Konfrontation notwendig.

Der [IPPNW](#), eine Vereinigung von Ärzten und Psychotherapeuten, setzt sich für die Ächtung jeglichen Krieges, für gewaltfreie, zivile Formen der Konfliktbearbeitung, für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und die gerechte Verteilung der Ressourcen, sowie für ein soziales und humanes Gesundheitswesen ein. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Kosmo: Luftangriffe 1999: Uranbombardement verseucht Serbien**

1999 bombardierte die NATO drei Monate die Bundesrepublik Jugoslawien mit Projektilen, die mit abgereichertem Uran gefüllt waren. Der erfahrene Rechtsanwalt Srđan Aleksić und seine Anwaltskanzlei haben im Namen von Offizieren, Soldaten, Polizisten und militärischen Reservisten, die während des NATO-Bombardements der SR Jugoslawien im Kosovo stationiert waren und anschließend an Krebs erkrankt sind, begonnen, beim Obersten Gericht [in Belgrad Klagen gegen die NATO](#) einzubringen.

Die erste Klage wurde im Namen eines jugoslawischen Offiziers erhoben, bei dem das Ursache-Wirkung-Verhältnis zum abgereicherten Uran festgestellt wurde. Das Team will weitere Klagen im Namen von Soldaten, Polizisten und Zivilisten einbringen. Da es nicht möglich war, Klageverfahren vor Gerichten der NATO-Staaten zu führen, wurde entschieden vor einem Gericht in Serbien zu klagen. Aber die Urteile sollen in den NATO-Mitgliedsländern rechtswirksam sein. Die an das Menschenrechtskomitee in Genf über die Medien adressierte Einladung nach Serbien zu kommen, um die auf medizinischen Dokumentationen basierenden Behauptungen zu überprüfen, wurde bisher nicht wahrgenommen.

Die Wissenschaft zeigt klar, dass die Nanopartikel von Aerosolen des Uranoxids, die durch die Explosion von Projektilen mit DU entstehen, für das Leben und die Gesundheit der Menschen ebenso schädlich sind wie für die Umwelt. Zahlreiche Todesfälle im Kosovo und in Südserbien sind dafür heute die beste Bestätigung. – Abschließend werden beispielhaft die Folgen der Kontamination mit abgereichertem Uran bei zwei Betroffenen geschildert.

[Inhalt](#) ↑

- **Peter Betscher: Wie Milošević gestorben wurde**

1993 wurde das ICTY (International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia) auf Drängen von Madeleine Albright und unter Finanzierung der NATO eingerichtet, war also von der UNO nicht legitimiert. Am 12.02.2002 begann der Prozess gegen Slobodan Milošević vor dem ICTY in Den Haag. Milošević war in 66 Punkten der Verbrechen gegen die Menschlichkeit und schwerer Kriegsverbrechen in Kosovo, Kroatien und Bosnien-Herzegowina, in letzterem auch des Völkermordes, angeklagt. Milošević, der den ICTY nie als legitim anerkannte, setzte seinerseits die NATO auf die Anklagebank. Sieben Monate später befand die NZZ, dass es noch [keinen eindeutigen Beweis dafür gibt, „dass Milosevic die ihm in Kosovo zur Last gelegten Verbrechen befohlen und angeordnet hat“](#).

Für die Buchautoren Schütz und Betscher („Das Treiben des Haager ‘Tribunals‘ im Fall Milošević“) ging „der ‘Prozess‘ nach dem Zusammenbruch der ‘Kosovo-Anklage‘ jedoch nahtlos in die beiden verbleibenden ‘Anklagen‘ zu Bosnien und Kroatien über. Hierfür hatte Milošević von den ‘Anklägern‘ 90‘000 Seiten Material und etwa 500 Video-Kassetten erhalten.“ Diese Fülle von Material war in der zur Verfügung stehenden Zeit gar nicht aufzuarbeiten.

Die unter den Haft- und Verhandlungsbedingungen leidende Gesundheit von Milošević war im November 2002 so weit angegriffen, dass Ärzte und Therapeuten dem Gericht den Vorwurf machten, mit der Gesundheit und dem Leben des Angeklagten unverantwortlich umzugehen. Aufgrund einer zuvor erfolgten Untersuchung von Milošević wurde von den Ärzten zusätzliche Untersuchungen und eine sechswöchige Verhandlungspause für notwendig erachtet. Darüber setzten sich die Richter hinweg. Sie lehnten eine zeitweilige Freilassung für eine medizinische Behandlung ab. Am 08.03.2006 verstarb Milošević laut niederländischer Forensik an einem Herzinfarkt und ohne toxische Spuren im Blut. Eine Freigabe der medizinischen Akte von Milošević erfolgte nicht. Das Tribunal sprach sich in dem Parker-Report seines Vizepräsidenten von allen Vorwürfen, den Tod von Milošević (mit)verschuldet zu haben selbst frei.

[Peter Betscher](#) ist Vorstandsmitglied der ‘Vereinigung für Internationale Solidarität ([VIS](#)) e.V.’ und Mitglied des ‘Deutschen Freidenker Verbandes’ [DFV Hessen](#). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Harald Neuber: **2,9 Millionen Euro und 430 deutsche Soldaten für US-Manöver Defender Europe 2021**

An der militärischen Großübung 'Defender-Europe 21' nehmen 28'000 Soldaten aus 26 Nationen teil, 430 Bundeswehrsoldaten eingeschlossen. Das Manöver findet vom 01.05.2021 bis 14.06.2021 statt. Der Schwerpunkt wird dieses Jahr allerdings nicht in Deutschland liegen, sondern in Südosteuropa in der Schwarzmeer-/Balkanregion. [Aber Deutschland wird als Drehscheibe für Militärtransporte fungieren](#) und dafür 2,9 Mio. Euro ausgeben. [Das neutrale Österreich gestattet den USA und NATO-Partnern Militärtransporte](#) durch das Land, sowohl auf der Straße als auch per Bahn.

[Serbien nimmt nicht teil, aber fünf von sechs Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens.](#) Für 'europafrika.army.mil' ist das Manöver "eine jährlich stattfindende, umfassende 'U.S. Army and Africa'-geführte, multinationale, gemeinsame Übung, bestimmt, um die strategische und operationelle Bereitschaft und Interoperabilität zwischen den USA, den NATO-Verbündeten und weiteren Partnern auszubauen."

Das an 'Defender Europe 21' beteiligte 5. US-Armee Korps hat unter Einbindung eines polnischen Generals ein [Hauptquartier in Polen gebildet](#), um von dort aus die Operationen gegen Russland zu befehligen.

Russland, das das [Manöver als Bedrohung und grundlose Eskalation verurteilt](#) und seine Truppen von der Krim abzog, hat bis Ende Oktober Teile des Schwarzen Meeres südlich der eingegliederten Halbinsel Krim und nahe der Meerenge von Kertsch für ausländische Schiffe gesperrt. Dies wiederum verurteilt die US-Regierung als Bedrohung der ukrainischen Unabhängigkeit. Russland hat auch den Luftraum über der Krim gesperrt und warnt vor Überschreiten von roten Linien.

Harald Neuber, Jg. 1978, ist Journalist, Buchautor und Kulturanthropologe, seit 2021 Chefredakteur des Internetmagazins Telepolis. Neben internationalen Konflikten befasst er sich schwerpunktmäßig mit Lateinamerika. Er lebte und arbeitete in Mexiko, Kuba und Venezuela. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Ajit Singh: **Der "unabhängige" Bericht, der einen Völkermord an den Uiguren behauptet**

Ein angeblich unabhängiger Bericht des 'Newlines Institute for Strategy and Policy' schreibt der Volksrepublik China "die staatliche Verantwortung für die Begehung von Völkermord an den Uiguren" zu. Der Newlines-Bericht präsentiert kein neues Material über die Lage der uigurischen Muslime in China. Stattdessen wird behauptet, alle "verfügbaren Beweise" überprüft und "internationales Recht auf die Beweise der Tatsachen vor Ort" angewandt zu haben. Aber eine sorgfältige Überprüfung von der im Bericht zitierten Hauptquelle zeigt, dass [die Behauptung eines Völkermordes durch betrügerische statistische Manipulation, Rosinenpickerei von Quellenmaterial und propagandistische Falschdarstellungen](#) zusammengebraut wurde. Die vielzitierten Berichte wurden nicht in Fachzeitschriften veröffentlicht, die von akademischen Institutionen beaufsichtigt werden, sondern von einem CIA-Ableger mit Sitz in Washington, der 'Jamestown Foundation' und dem "Journal of Political Risk", einer Publikation, die von ehemaligen NATO- und US-Sicherheitsbeamten geleitet wird.

Der Bericht ist von einer Liste "unabhängiger Experten" unterzeichnet, die auf einen Neuen Kalten Krieg und eine Konfrontation mit China drängen und separatistische Bestrebungen unterstützen, die mineralienreiche, geopolitisch wichtige Region Xinjiang in einen NATO-orientierten Ethnostaat zu verwandeln. Das 'Newlines Institute' hat als Think Tank das erklärte Ziel, "die US-Außenpolitik zu verbessern", mit einer "Spezialisierung auf muslimische Staaten und Gesellschaften". Zur Führung des 'Newlines Institute' gehören ehemalige Beamte des US-Außenministeriums, US-Militärberater und Geheimdienstexperten.

Das 'Newlines Institute' veröffentlichte seinen Bericht in Zusammenarbeit mit dem 'Raoul Wallenberg Centre for Human Rights', das von Irwin Cotler, dem ehemaligen Justizminister und Generalstaatsanwalt von Kanada, gegründet wurde. U.a. nominierte Cotler die Weißhelme für den Friedensnobelpreis. Er erhebt falsche Anschuldigungen von Menschenrechtsverletzungen um die Interventionen in Libyen, Syrien, Iran und Venezuela zu rechtfertigen und bejubelte die US-Kriege in Vietnam, Afghanistan und Irak. Das 'Wallenberg Centre' ist zu einem Zufluchtsort für Anti-China-Falken geworden. (Übersetzungshilfe deepl.com)

Auch Sara Flounders hat sich in ihrem Artikel „[Hinter der US-Anti-China-Kampagne: Die Fakten über Xinjiang](#)“ (siehe Bürgerbrief vom Februar 2020) mit dem Thema auseinandergesetzt.

[Ajit Singh](#) ist [Jurist](#) und [Journalist](#); sein Schwerpunkt liegt auf den Themen Imperialismus und Washingtons neuem Kalten Krieg gegen China. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• Helmut Scheben: **Der Konflikt in Xinjiang und seine Entstehung**

Helmut Scheben beleuchtet die Hintergründe, die mit uigurischen Separatisten verbunden sind. Nach von China veröffentlichten Daten zu Terroranschlägen in Xinjiang gab es bis 2001 Anschläge, bei denen 162 Menschen getötet und 440 verletzt wurden. Der Uiguren-Spezialist Michael Clarke kommt auf deren Basis zu dem Schluss, dass mindestens zehn bewaffnete radikalislamische Uiguren-Gruppierungen existieren, darunter das 'East Turkistan Islamic Movement', das mit Al Kaida kooperierte.

Ziel dieser Gruppen war und ist, Xinjiang mit Terror zu destabilisieren und von chinesischer Herrschaft zu befreien. Gegründet wurde die ostturkestanische Gruppierung, die von den USA militärisch und finanziell unterstützt wurde, um einen Sieg der Kommunisten zu verhindern. 1949 marschierten Mao Tse-tungs Rotarmisten in Xinjiang ein, ohne dass ein Schuss fiel. Der Gründer der Gruppierung, Isa Yusuf Alptekin, floh in die Türkei, von wo aus er den Kampf gegen den Kommunismus und für die Unabhängigkeit der Uiguren weiter organisierte. Dabei fand er massive Unterstützung auf Seiten radikaler türkischer Nationalisten und bei Nostalgikern eines neuen Osmanischen Reichs. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan sieht in Ostturkestan "die Wiege der türkischen Geschichte, Zivilisation und Kultur". Das Uigurische gehört zur Sprachfamilie der zentralasiatischen Turkvölker.

Die sunnitischen Uiguren hatten von 1944 bis 1949 mit der Republik Ostturkestan einen eigenen Staat im Norden des heutigen Xinjiang. In dieser Zeit vertrieben radikale, pro-sowjetische Uigurengruppen den größten Teil der Han-Chinesen aus der Region oder massakrierten sie. Die damals in Peking regierende Kuomintang antwortete mit großer Repression. Die damals herrschende extreme Gewalt und die spätere Kulturrevolution unter Mao Tse-Tung belasten das Verhältnis zwischen Peking und Xinjiang bis heute.

Nach Scheben streben oppositionelle Gruppen in Xinjiang seit 1949 nach Unabhängigkeit. Das ist ihr gutes Recht. "[Sie setzen sich aber gemäß UNO-Charta ins Unrecht, wenn sie sich finanzieren und politisch instrumentalisieren lassen von einem fremden Staat](#)", der China als feindliche Macht ansieht und gegen China militärisch aufrüstet – im konkreten Fall die USA und ihre NATO-Verbündeten. Es ist überdies fraglich, ob die Autonomie-Bewegung über eine solide Verankerung in der Bevölkerung von Xinjiang verfügt.“ Der 'World Uyghur Congress' (WUC), mit Sitz in München und weitgehender Finanzierung durch die USA, dürfte den wenigsten Uiguren ein Begriff sein.

Dass die Uiguren durch das Projekt der neuen Seidenstraße in Bedrängnis kommen, da damit auch viele Han-Chinesen nach Xinjiang kommen, ist nicht von der Hand zu weisen. Dass die chinesische Regierung drastisch und kompromisslos gegen die radikalen Terroristengruppen vorgeht, ist unbestritten. Aber die uigurische Kultur wird nicht systematisch ausgelöscht, und es finden keine Genozide oder Massaker statt.

[Helmut Scheben](#), Jg. 1947, studierte Romanistik. promovierte 1980. Von 1980 bis 1985 war er als Presseagentur-Reporter und Korrespondent für Printmedien in Mexiko und Zentralamerika tätig. Ab 1986 war er Redakteur der Wochenzeitung; von 1993 bis 2012 war er Redakteur und Reporter im Schweizer Fernsehen SRF. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Andre Vltchek: **Wer gibt den USA das Recht, China Rechtsverstöße vorzuwerfen?**

Urumtschi, die Hauptstadt des autonomen Gebietes Xinjiang, liegt an einem Hauptarm der Neuen Seidenstraße, von China als 'Belt and Road Initiative' (BRI) bezeichnet. Die BRI-Projekte sollen die Zusammenarbeit erleichtern und so den Handel und die wirtschaftlichen Beziehungen entlang der beiden Hauptrouten verbessern, um Millionen Menschen aus der Armut zu befreien. [Washington möchte dies aus hegemonialen Gründen unbedingt vermeiden](#). Dazu setzen sie die Unruhen in Honkong, die Anzettelung eines Uiguren-Aufstandes und das Anheizen der Spannungen zu Taiwan ein. Der Anfang Dezember 2019 vom US-Repräsentantenhaus beschlossene Gesetzentwurf zur Sanktionierung Chinas wegen der Situation in Xinjiang stellt eine direkte Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas dar.

[Andre Vltchek](#) ist Philosoph, Romanautor, Filmemacher, investigativer Journalist, Dichter, Dramatiker und Fotograf. Zurzeit lebt er in Asien und im Nahen Osten. Er berichtete über Dutzende von Kriegsgebieten und Konflikten, vom Irak und Peru bis Sri Lanka, Bosnien, Ruanda, Syrien, DR Kongo und Timor Leste. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Europa nicht unter US-amerikanische Vormundschaft stellen

Der von ehemaligen Militärs und mit Militär befassten Zivilisten gebildete 'Cercle de Réflexion Interarmées' ordnen den vom NATO-Generalsekretär vorgestellten Plan "NATO 2030" wie folgt ein: "Es ist deutlich ein Dokument zwar als friedlich präsentierter, aber böswilliger Absichten, der unerschütterlich betriebenen Desinformation und Instrumentalisierung dieser 'russischen Bedrohung', einer 'Bedrohung', die von langer Hand geschaffen wurde und nun aufrechterhalten wird, [um den europäischen Verbündeten endlich Beine zu machen, sich hinter den Vereinigten Staaten in Stellung zu bringen – mit Blick auf den bevorstehenden Kampf mit China um die Welthegeemonie](#)."

Der Kreis wendet sich angesichts des durch die gewaltige NATO-Aufrüstung gefährdeten Friedens in Europa an Stoltenberg, dass er der Absicht nicht zustimmen könne, "das militärische Instrument dieser Allianz für die Zukunft [dadurch zu] rechtfertigen, indem Sie es in ein politisches Instrument umwandeln, das unvermeidlich ist, um riesige internationale Koalitionen zu verwalten, zugunsten einer eigentlichen Weltregierung, die sogar so weit geht, die Entscheidungen der Vereinten Nationen außer Kraft zu setzen und nationale Souveränitäten zu zerschlagen! Das darf nicht geschehen, Herr Generalsekretär! Wir müssen diesen verrückten Zug zum Stehen bringen, bevor es zu spät ist! Was Frankreich angeht, so kann es, in Erinnerung an seine von General de Gaulle vor einem halben Jahrhundert bekräftigten Grundsätze, dem abenteuerlichen Konzept niemals zustimmen, das Europa unter amerikanische Vormundschaft stellen will."

[Inhalt](#) ↑

- Le Mouvement de la Paix: **Frankreich muss die NATO verlassen und ihre Auflösung fordern**

Angesichts eines weiteren Schrittes der französischen Regierung, sich noch stärker in der NATO zu engagieren, indem in Toulouse ein neues NATO-Kompetenzzentrum für den Weltraum eingerichtet werden soll, [fordert die französische Friedensbewegung ihr Land auf, die NATO](#)

[vollständig zu verlassen](#) und deren Auflösung zu fordern. 'Le Mouvement de la Paix' weist u.a. darauf hin, dass das Budget der NATO ca. 60% der weltweiten Rüstungsausgaben ausmacht, und dass NATO und EU eng miteinander verbunden sind. Für die ehemaligen sozialistischen Staaten Osteuropas ist die Mitgliedschaft in der NATO erforderlich, um überhaupt Mitglied der EU werden zu können. (Übersetzungshilfe [deepl.com](#))

Die Nichtregierungsorganisation '[Mouvement de la Paix](#)' existiert seit 1948 und gründet ihre Arbeit auf den 8 Punkten der internationalen Dekade (UN-UNESCO) zur Förderung einer Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit. Sie setzt sich insbesondere für nukleare Abrüstung, gegen die Produktion und den Transfer von Waffen sowie für die Reduzierung der Militärbudgets ein. Sie setzt sich aus fast 150 Komitees zusammen und ist international vernetzt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Rita Müller-Hill: **“Und wenn unsere Zukunft in den Dörfern läge?”**

Von 'La France profonde', vom ländlichen Frankreich fernab von Paris handelt das Buch von Anthony Cortes, Journalist bei dem Wochenmagazin Marianne: "Le réveil de la France oubliée. Et si notre avenir était dans les villages?" Cortes hat sich auf den Weg gemacht und dieses Frankreich zwei Jahre lang bereist. Das Ergebnis ist ein sorgfältiger Bericht über das, was er erfahren und gesehen hat in diesem "vergessenen Frankreich". Er beschreibt die [Wiederbelebung der französischen Dörfer durch Eigeninitiative von Bewohnern und Bürgermeistern](#). Dazu zählt er viele Initiativen unterschiedlichster Art auf. Hier wird eine Schule gegründet, eine private, weil der Staat nicht mitmacht. Dort beginnt man mit einem Versammlungslokal, damit man wieder miteinander sprechen kann. Ein Arzt wird gefunden. Oder man organisiert die "rollende" medizinische Versorgung. Allen ist die Bedeutung ihrer Tätigkeit bewusst: "Einen Laden zu unterhalten bedeutet nicht einfach nur, einige Scheine zu kassieren. Man bringt ein ganzes Tal zum Leben."

Eine mutmachende Darstellung wie aus den durch Globalisierung und Zentralisierung entvölkerten Dörfern wieder lebendige, direkt-demokratische Gemeinschaften werden können. Ein Buch das optimistisch stimmt.

Rita Müller-Hill ist pensionierte Geschichts- und Französischlehrerin, übersetzt heute für deutsch- und französischsprachige Zeitungen. Sie forscht ebenfalls über die Entstehungsgeschichte der EU. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Joachim Guilliard: **Redebeitrag für den Ostermarsch Heidelberg am 3. April 2021**

Bei der Osterkundgebung in Heidelberg hat Joachim Guilliard eine Rede gehalten, in der er betont, dass sich international die Egoismen der reichen Länder zu Lasten der ärmeren verschärfen. Das sei sowohl in den Gesundheitswesen, in der Ernährungssituation als auch in den protektionistischen Maßnahmen bzw. wirtschaftlichen Blockaden sichtbar. In dieser Situation werden die militärische Hochrüstung und Rüstungsexporte noch ausgeweitet. "Wir protestieren heute insbesondere auch gegen die ständige Erhöhung des deutschen Militärhaushalts und verlangen eine drastische Abrüstung. Kein Geld für Waffen und Militär, sondern für Bildung, Gesundheit und ein solidarisches Sozialsystem! ... [Wir fordern Lockdown für Großmanöver gegen Russland, Lockdown fürs Militär!](#) ... Wir fordern, dass die Atommächte endlich ihren Verpflichtungen aus dem Atomwaffensperrvertrag nachkommen und ihre Arsenale sorgfältig verschrotten."

[Joachim Guilliard](#), Jg. 1958, hauptberuflich IT-Berater, in der Friedensbewegung aktiv. Verfasser zahlreicher Fachartikel sowie Mitherausgeber bzw. -autor mehrerer Bücher über die von Kriegen betroffenen Länder im Nahen und Mittleren Osten. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Eugen Drewermann: **Video-Redebeitrag für den Ostermarsch Frankfurt am 5. April 2021**

Für die Friedenskundgebung in Frankfurt gab Eugen Drewermann einen Video-Redebeitrag (0h26), in dem er eingangs Mitmenschlichkeit, Abrüstung, Verantwortungsbewusstsein, Versöhnung und Solidarität statt Militarisierung, Aufrüstung, internationale Kampfeinsätze, Konfrontationspolitik und Sadismus fordert.

[Drewermann wendet sich gegen die Hegemonialansprüche der US-Regierung](#). Deutschland sei nicht der 51. US-Bundesstaat, kein landgestützter Flugzeugträger, nicht die beste amerikanische Kolonie. Mit dem Zerstörung und Tod bringenden transatlantischen Bündnis sei Schluss zu machen. Deutschland dürfe nicht wieder Drehscheibe und Aufmarschgebiet gegen Russland sein, sondern erkennen, wie oft uns Russland die Hand zu Versöhnung und Frieden gereicht hat. Es dürfe nicht sein, dass von deutschem Boden Tod und Sterben ausgehe, z.B. mittels Drohnen. Die NATO sei erkennbar kein Friedensbündnis, sondern die schlimmste Angriffsarmee, die die Welt je erlebt hat. Um ihre Interessen durchzusetzen, werde gelogen und getötet. Gelogen werde auch, um die Aufrüstung zu begründen, dabei sei anhand der Militärausgaben und ausländischen Militärstützpunkte offensichtlich, wer den Weltfrieden bedrohe. Drewermann wendet sich auch gegen eine Politik der Sanktionen und wirtschaftlichen Blockaden. Es sei Zeit, dass Deutschland aus der NATO austrete.

Für Drewermann gibt es keine Bürger in Uniform, die eingeschüchtert und auf Befehl mörderische Aktionen durchführen. "Deshalb erklären wir, dass wir die Politik, die man gerade betreibt, die man im Schulterschluss mit den USA gerade wieder neu wieder aufleben möchte, zutiefst nur ablehnen kann. Sie ist nicht die Zukunft, sie ist die älteste Vergangenheit."

[Eugen Drewermann](#), Jg. 1940, ist Theologe, Psychoanalytiker und Schriftsteller. Als suspendierter römisch-katholischer Priester ist er 2005 aus der Kirche ausgetreten. Für sein friedenspolitisches Engagement wurde er 2007 mit dem Erich-Fromm-Preis ausgezeichnet. 2011 erhielt er den internationalen Albert-Schweitzer-Preis; 2019 wurde er mit dem Preis der Internationalen Hermann-Hesse-Gesellschaft gewürdigt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑